



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 104. Ratssitzung vom 21. August 2024

Gemeinsame Behandlung der Geschäfte GR Nrn. 2024/51, 2023/244 und 2023/270

3540. 2024/51

Weisung vom 07.02.2024:

Präsidialdepartement, Volksinitiative «Tschüss Genderstern!», Ablehnung

Antrag des Stadtrats

Zuhanden der Stimmberechtigten:

Die Volksinitiative «Tschüss Genderstern!» wird abgelehnt.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2024/51, 2023/244 und 2023/270

Referat zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit Änderungsantrag 1 / Kommissionmehrheit Änderungsantrag 2 / Kommissionmehrheit Schlussabstimmung:

Dr. Tamara Bosshardt (SP): Seit zwei Jahren hat die Stadtverwaltung die Möglichkeit, in ihrer Kommunikation den Genderstern zu verwenden. Die Initiative «Tschüss Genderstern!» will den Schritt rückgängig machen und die Verwendung des Gendersterns durch eine Änderung der Gemeindeordnung verbieten. Die Volksinitiative wurde am 23. Mai 2023 eingereicht und will einen neuen Artikel 65a in die Gemeindeordnung schreiben, in dem es um «verständliche Sprache» gehen soll: «¹ Die Stadt verwendet eine klare, verständliche und lesbare Sprache. ² Sie verzichtet in behördlichen Texten auf die Verwendung von Sonderzeichen innerhalb einzelner Wörter.» In der Begründung der Initiative steht, das Texte von Behörden klar, verständlich und lesbar sein müssen. Gendergerechte Sprache sei schwerfällig und nicht barrierefrei. Dies läge weder im Interesse von Personen, die Deutsch als Fremdsprache lernen, noch von all jenen, die Schwierigkeiten beim Lesen hätten. Ausserdem führe der Genderstern zu grammatikalisch falschen Formen und unklaren Bedeutungen. Zuletzt wird angeführt, Sprache solle kein politisches Instrument sein. Der Initiativtext sei zwar lesbar, allerdings sei nicht ganz klar, was mit der Formulierung «Sonderzeichen innerhalb einzelner Wörter» gemeint sei. Der Stadtrat schreibt in der Weisung, dass gemäss Duden alle Zeichen, die weder Buchstabe noch Zahl sind, als Sonderzeichen gelten. Dazu gehören der Bindestrich, der Trennstrich und sogenannte Diakritika wie beispielsweise der «Accent aigu» in «Apéro». Die Begründung der Initiative zeige aber, dass es nicht um ein Verbot der



korrekten Schreibweise von «Apéro» gehe, sondern um die Verhinderung der sprachlichen Gleichberechtigung aller Geschlechter. Wenn mit Sonderzeichen nur diejenigen Zeichen gemeint seien, die zur sprachlichen Inklusion aller Geschlechter verwendet werden, lasse sich die Initiative umsetzen. Der Stadtrat erklärte sie deshalb für gültig. Nach einer redaktionellen Bereinigung heisst es in Absatz 1 des Initiativtexts neu nicht mehr «Die Stadt verwendet...», sondern «Die Behörde verwendet...». Alles andere blieb unverändert. Die Stadtverwaltung meint weiter: Was wir lesen und hören, wie wir sprechen und schreiben – Sprache beeinflusse, welche Bilder wir zu einem Text oder in einem Gespräch in unserem Kopf haben. Eine geschlechtergerechte Sprache habe das Potenzial, stereotype Vorstellungen aufzuweichen und zur Gleichstellung der Geschlechter beizutragen. Ein anerkennender und respektvoller Umgang mit der gesellschaftlichen Vielfalt sei dem Stadtrat wichtig. Die Stadt Zürich kennt daher seit rund 30 Jahren ein Reglement für die sprachliche Gleichstellung. Aufgrund des Postulats GR Nr. 2017/377 «Aktionsplan zur Gleichstellung und zur Sicherung der Grundrechte von trans* Personen» werden seit der letzten Revision Personen aller Geschlechter in behördlichen Texten sprachlich gleichbehandelt – Frauen, Männer und non-binäre Personen. Bei non-binären Personen handelt es sich um Menschen, die wissen, dass sie nicht oder nicht nur männlich oder weiblich sind. Mit der Revision haben die Behörden nun zwei sprachliche Möglichkeiten, wenn alle Geschlechter angesprochen werden sollen oder nicht klar ist, welches Geschlecht eine Person hat. Sie können neutrale Formen wie «Rettungskräfte», «Studierende» oder «Ratsmitglieder» oder den Genderstern wie in «Zürcher*innen» verwenden. Allgemein können auch andere typografische Zeichen zur geschlechtergerechten Sprache verwendet werden. Damit die Behörden einheitlich kommunizieren, ist im Reglement nur eines vorgesehen: Auf Grund der besten Barrierefreiheit hat sich die Verwaltung für den Genderstern entschieden. Das städtische Reglement über die sprachliche Gleichstellung gilt für behördliche Texte der Stadtverwaltung. Es gilt nicht für Dritte, also beispielsweise die Zürcher Bevölkerung, Zürcher Unternehmen oder Lehrpersonen. Es gilt weiter nicht für die gesprochene Sprache. Zudem gibt es Ausnahmen: In Texten der Amtlichen Sammlung, bei Gerichtseingaben und Abstimmungstexten will die Stadt einheitlich mit Kanton und Bund kommunizieren. Wo es aufgrund der Verständlichkeit, Eindeutigkeit oder für die zielgruppengerechte Ansprache sinnvoll ist, kann weiterhin beispielsweise «Kundinnen und Kunden» statt «Kundschaft» oder «Kund*innen» geschrieben werden. Das neue Reglement habe sich bewährt. Den Mitarbeitenden der Stadt sei schon seit 1994 bewusst, dass sprachliche Gleichstellung wichtig ist. Nur vereinzelt trafen zum revidierten Reglement negative Rückmeldungen der Zürcher Bevölkerung und von Mitarbeitenden der Stadt ein. Ausserdem sei dem Stadtrat kein einziger Fall bekannt, wo ein Text der Stadtverwaltung aufgrund des Gendersterns nicht korrekt verstanden worden wäre. Der Stadtrat vermutet das liege daran, dass der Genderstern als typografisches Zeichen für eine transinklusive Sprache schon längst im Alltag angekommen sei: Zum Beispiel im iPhone, in Stelleninseraten der reformierten Kirche oder in der Kommunikation der Migros. Im Fazit schreibt die Stadtverwaltung, der Genderstern sei seit zwei Jahren in behördlichen Texten zugelassen. Die Behörden wollen damit zeigen, dass sie non-binäre und trans* Menschen wahrnehmen und respektieren. Das gültige Reglement über die sprachliche Gleichstellung hat sich



aus Sicht des Stadtrats etabliert und bewährt. Er beantragt dem Gemeinderat zuhanden der Stimmberechtigten, die Volksinitiative abzulehnen. In der Kommission haben wir die Weisung mit der Stadtpräsidentin, der Fachstelle für Gleichstellung und dem Initiativkomitee intensiv besprochen. Auch nach den Anhörungen in der Kommission wurden viele Fragen gestellt, die von der Verwaltung ausführlich beantwortet wurden. Vielen Dank an alle Beteiligten. Aus den intensiven Beratungen ergaben sich zwei Änderungsanträge. Die SVP lehnt die Ablehnung der Initiative durch den Stadtrat ab und stellt einen entsprechenden Änderungsantrag. Diese Ablehnung der Ablehnung lehnt wiederum eine Mehrheit der Sachkommission Präsidialdepartement, Schul- und Sportdepartement (SK PRD/SSD) – bestehend aus SP, Grüne, AL und GLP – ab. Die FDP enthielt sich in der Kommission zu dieser Frage. Als Dispositivziffer 2 formulierte sie einen Gegenvorschlag, der in der Kommission von allen ausser der FDP abgelehnt wurde.

Kommissionsminderheit Änderungsantrag 1:

Stefan Urech (SVP): Sowohl als ehemaliger Student als auch als Deutschlehrer auf Sekundarschulniveau und nicht zuletzt als bürgerlicher Politiker unterstütze ich die Initiative «Tschüss Genderstern!» voll und ganz. Als langjähriger Student an der Pädagogischen Hochschule Zürich und der Universität Zürich erlebte ich, was es heisst, sich solch linken Sprachdiktaten fügen zu müssen. Ich habe erlebt, wie absurd kurzlebig und abhängig von Trends diese sind. Zu Beginn meines Studiums konnte man noch von «Schülern» reden, später nur noch von «Schülerinnen und Schülern» und, weil dies zu lang wurde, irgendwann von «SuS». Irgendwann wurde auch «SuS» nicht mehr für gut befunden und wir mussten von «Lernenden» sprechen. Gegen Ende erlebte ich noch die Einführung von «Schüler*in». Spätestens in zwei Jahren wird wohl eine neue Schreibweise daherkommen und verordnet werden. Als Deutschlehrer unterstütze ich die Initiative, weil die Schreibweise schlichtweg keinem korrekten Deutsch entspricht. Gerne können Sie mir erklären, was ein «Bäuer» in «Bäuer*innen» sein soll. Die Sprache wird schwerfällig und fast unverständlich – gerade für Menschen, die Deutsch nicht als Erstsprache lernen. Sprache kann sich über Jahrzehnte entwickeln, aber dies tut sie «bottom-up» und nicht «top-down». Dass Sie glauben, die Bevölkerung spreche so, zeigt, dass Sie sich in einer «Bubble» bewegen. In den letzten drei Sitzungen begrüsst uns die Mehrheit der Grünen, GLP, Die Mitte/EVP, FDP und SVP mit «Liebe Kolleginnen und Liebe Kollegen» – einer auch von mir genutzten Anrede, die gemäss Reglement diskriminierend wäre. Als bürgerlicher Politiker unterstütze ich die Initiative, weil Sie mit dem Genderstern versuchen, den Leuten über die Sprache ihre woke, spaltende Identitätspolitik einzutrichtern. Mit Sprachdiktaten können Sie nicht gegen Diskriminierung vorgehen, sondern mit Gesetzen, einer Lebenseinstellung, Aktionen dagegen. Sprachverbote sind gefährlich und werden mit dieser Initiative hoffentlich ein Ende finden.

Kommissionsminderheit Änderungsantrag 2:

Yasmine Bourgeois (FDP): Die FDP enthält sich bei diesem Antrag, weil wir einen Gegenvorschlag vorlegen. Die Initiative «Tschüss Genderstern!» fordert von der Stadt eine



klare, lesbare Sprache. Auf Sonderzeichen innerhalb eines Wortes ist zu verzichten. Die FDP ist mit den Initianten einig, dass das neue Reglement für die sprachliche Gleichstellung diese Anforderungen nicht erfüllt. Das Sprachdiktat verkompliziert die Verwendung der Sprache unnötig und macht sie unverständlich. Der Redefluss wird gestört und die Bedeutung teils verändert. Grammatikalisch kann Gendern und insbesondere der Genderstern nicht konsequent angewendet werden. Dies führt zu einer regellosen Sprache, was jeglichen Grundsätzen widerspricht. Deshalb ist der Genderstern für die Stadtverwaltung ungeeignet. Die Sprache muss klar und verständlich sein, um ihren Zweck zu erfüllen. Eine unklare Sprache kann zu Missverständnissen und im äussersten Fall zu Rechtsunsicherheit führen. Die Befürworter des Gendersterns sehen sich auf der moralisch guten Seite und dulden keinen Widerspruch. Kein Sternchen verbessert jedoch die Welt. Die Haltung und Taten machen den Unterschied, keine typografischen Zeichen – schon gar nicht solche, die nicht demokratisch legitimiert, einseitig und von den vermeintlichen Betroffenen nicht gewollt sind. Liberale Werte betonen das Recht des Einzelnen auf Selbstbestimmung; so auch die Freiheit, seine Sprache zu wählen. Wir wollen, dass die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch «Zürcherinnen und Zürcher» schreiben dürfen. Aus liberaler Perspektive sind Sprachverbote nicht richtig, obwohl wir mit den Initianten einig sind, dass Gendersprache falsch ist. Wir wollen weder ein Verbot noch Zwang. Der Genderstern soll weder verboten noch eingeführt werden.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung:

STP Corine Mauch: *Geschlechterbezogene Sonderzeichen wie der Genderstern oder der Doppelpunkt sind heute an unzähligen Orten im Einsatz: in Stelleninseraten, Werbung, Sozialen Medien, Journalismus, Unternehmenskommunikation. Es handelt sich also um ein Thema, das sich «bottom-up» in der Sprache abbildet. Dass diese Zeichen so breit verwendet werden, war vor 10–15 Jahren noch nicht der Fall. Wir sehen daran: Sprache ist etwas Lebendiges und entwickelt sich mit unserer Gesellschaft stetig weiter. Die Stadt kennt seit rund 30 Jahren ein Reglement über die sprachliche Gleichstellung. Das Reglement aus dem Jahr 1996 regelte die sprachliche Gleichstellung von Frauen und Männern, erlaubte es aber nicht, dass auch non-binäre Menschen adäquat angesprochen und sprachlich sichtbar gemacht werden. Das Büro des Gemeinderats regte im Jahr 2019 an, das Thema der sprachlichen Gleichstellung von trans* Menschen bei der Prüfung des Postulats GR Nr. 2017/377 zu berücksichtigen. Das revidierte Reglement aus dem Jahr 2022 trägt diesem Bedürfnis Rechnung. Bezieht sich ein Text auf Personen mit verschiedenen Geschlechtern oder Personen, von denen nicht bekannt ist, welche geschlechtsbezogene Bezeichnung sie wünschen, gibt es zwei Möglichkeiten. Es können geschlechtsneutrale Formen verwendet werden wie «Studierende», «Angestellte» und «Rettungskräfte» oder der Genderstern darf eingesetzt werden. Wer den Genderstern nicht verwenden möchte, muss dies folglich nicht tun. Das Reglement hält weiter fest, dass in Ausnahmefällen vom Einsatz einer geschlechtsneutralen Formulierung oder des Gendersterns abgesehen werden kann. Dies kann aus Gründen der Eindeutigkeit, Rechtssicherheit oder der Verständlichkeit für bestimmte Zielgruppen*



sinnvoll sein. Wenn die Umsetzung einen unverhältnismässig grossen Aufwand verursachen würde, kann ebenfalls darauf verzichtet werden. Es handelt sich also um eine sehr pragmatische Umsetzung des Anliegens. Das Reglement ist für die schriftliche behördliche Kommunikation gültig. Es gilt nicht für Dritte. Es gilt nicht für die Zürcher Bevölkerung, Zürcher Unternehmen oder Lehrpersonen an Zürcher Volksschulen. Und es gilt nicht für die gesprochene Sprache. Insofern kann ich Stefan Urech (SVP) beruhigen: Deine Anrede war total korrekt. Das Initiativkomitee argumentiert, Texte mit Genderstern seien nicht barrierefrei. Fachleute widersprechen dem. Gemäss einer Einschätzung der Schweizer Stiftung zur behindertengerechten Technologienutzung «Zugang für alle» spricht nichts gegen die Verwendung des Gendersterns. Die deutsche «Überwachungsstelle des Bundes für Barrierefreiheit von Informationstechnik» empfiehlt die Verwendung des Gendersterns als typografisches Zeichen. Natürlich gab es auch vereinzelt negative Rückmeldungen – das ist völlig normal. Es sind jedoch keine Rückmeldungen bekannt, wonach ein Text aufgrund des Gendersterns nicht korrekt verstanden worden wäre. Dies korrespondiert mit empirischen Studien aus dem deutschsprachigen Raum, die zum Ergebnis kommen, dass der Genderstern gut verstanden wird. Auch die Städte Bern und Luzern erlauben die Verwendung des Gendersterns in der behördlichen Kommunikation. Trans und non-binäre Personen sind ein Teil unserer gesellschaftlichen Realität. Sie gehören zu Zürich, sie gehören zur Schweiz. Sie leben, arbeiten und zahlen hier Steuern, gewinnen Literaturpreise und sogar den Eurovision Song Contest. Es ist konsequent und eine Frage des Respekts, ihnen in der behördlichen Kommunikation Rechnung zu tragen. Aus Studien wissen wir schon lange: Wer in der Sprache nicht abgebildet ist, wird nicht mitgedacht. Können non-binäre Personen nicht angesprochen werden, gehen sie und ihre Anliegen vergessen. Das Reglement über die sprachliche Gleichstellung hat sich aus Sicht des Stadtrats bewährt. Wir alle möchten zu Recht in unserer behördlichen Kommunikation korrekt repräsentiert, respektvoll angesprochen und in unserer Identität wahrgenommen werden. Zürich ist stolz auf die Vielfalt und Toleranz gegenüber allen Bevölkerungsgruppen. Der Stadtrat beantragt deshalb dem Gemeinderat zuhanden der Stimmberechtigten, die Volksinitiative abzulehnen. Wir empfehlen zudem, das Postulat GR Nr. 2023/244 abzulehnen. Ich bedanke mich für die kompetente Vorstellung der Weisung und für die effiziente Beratung in der Kommission.*

Samuel Balsiger (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1824/2023): *Eine für die Schweiz repräsentative Studie des Forschungsinstituts Sotomo zeigt, dass bloss 0,4 Prozent der Schweizer Bevölkerung sich als non-binär empfinden. 99,6 Prozent der Bevölkerung sehen sich damit in der gendergerechten Sprache nicht abgebildet. STP Corine Mauch meinte, sie sei stolz, dass sie alle Bevölkerungsgruppen abbilde. Nun findet eine Umformung der Sprache für 0,4 Prozent der Bevölkerung statt, so dass sich die anderen daran stören. Weiter sagte sie, Sprache sei lebendig und würde sich weiterentwickeln. Wenn dem so ist, muss sie nicht von oben herab durch ein Reglement künstlich verändert werden. Die Unterbrüche, wenn sie gendergerecht sprechen wollen, sind rein politische Kampagnen. Diese sind sogar kontraproduktiv: Homophobie und Transphobie nahmen in den letzten Jahren, seit sie diesen linken Kulturkampf führen, zu. Der Grund liegt darin, dass Sie damit nicht die Mehrheit ansprechen, sondern*



ihr diese Sprache überstülpen wollen. Wir gehen davon aus, dass das Postulat keine Mehrheit im Gemeinderat finden wird, die Volksinitiative in der Bevölkerung jedoch schon. Sie haben noch die Chance, weise zu handeln und dem Postulat zuzustimmen.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): *Wir lehnen die Initiative «Tschüss Genderstern!» ab. Die Genderthematik wird in vielen Ländern instrumentalisiert, um ein gewisses Unwohlsein über die moderne Welt und Entwicklung hin zu einer vielfältigeren Gesellschaft zum Ausdruck zu bringen. Auch im Gemeinderat geschieht dies in regelmässigen Abständen, in denen die SVP uns ihre Befindlichkeit mit ihrem kreierte Wort «Gender-gaga» mitteilt. Um nicht ins Fahrwasser dieses Kulturkampfes zu geraten, scheint es mir in erster Linie wichtig, zu sagen, worum es geht. Es geht einzig und allein um das städtische Kommunikationsreglement. Das Reglement über die sprachliche Gleichstellung gibt es seit dreissig Jahren. Seit zwei Jahren umfasst es neu den Genderstern zur Reduktion von Doppelbezeichnungen wie «Steuerzahlerinnen und Steuerzahler» und zur gleichzeitigen Sichtbarmachung non-binärer Menschen. Es regelt ausschliesslich, wie die städtische Behörde mit der Zürcher Bevölkerung auf schriftlichem Weg kommuniziert. Das Reglement enthält keine Sprachpflichten, wie in der Familie, Schule oder am Arbeitsplatz gesprochen werden muss. Es ist nicht top-down, fordert nichts von Ihnen als Privatperson. Auch was die behördliche Kommunikation betrifft, kann das Reglement nicht als unverhältnismässig streng bezeichnet werden. Es sieht Ausnahmen vor, namentlich bei gerichtlichen Texten. Weiterhin besteht die Möglichkeit, bereits etablierte geschlechtsneutrale Formen zu verwenden. Aus liberaler Sicht ist es deshalb umso schwieriger, das Kommunikationsreglement mit einem Sprachverbot zu belegen. Die Initiative will und kann nur eines verbieten: Dass die Stadt eine inklusive Sprache nutzt, wenn sie mit uns, der Bevölkerung, kommuniziert. Meiner persönlichen Meinung nach ist es eine demokratische Pflicht, dass unsere Behörde so schreibt, dass jede Person in der Stadt Zürich sich individuell angesprochen fühlt. Ich verstehe, dass Sprachwandel Unbehagen auslösen kann – weil alte Vorstellungen in Frage gestellt werden. Sprache geht aber mit der Zeit. Der Genderstern ist eine kleine Anpassung, die grosses Drama auslöst: Er nimmt wenig Raum ein für ein kleines Umdenken und eine Sprache, die nicht so männerlastig ist und zulässt, dass auch andere gleichwertige Teile unserer Gesellschaft sichtbar werden. Die Vergangenheit zeigt: Wir können so gut mit Sprachwandel umgehen, dass es uns beschäftigt in alten Texten zu lesen, wie herabwürdigend früher gewisse Mitmenschen bezeichnet wurden. Sogar das «Fräulein» konnten wir problemlos überwinden. Keine Initiative wurde eingereicht, um dazu zurückzukehren. Wir von der GLP haben eine progressive Vorstellung unserer Gesellschaft und kein Problem damit, Vielfalt anzuerkennen. Wir verstehen nicht, weshalb eine Volksinitiative nötig ist, um der Behörde zu verbieten, mit einer inklusiven Sprache alle Menschen anzusprechen. Auch für den Gegenvorschlag sehen wir keinen Bedarf: Er würde zu einer unregelmässigen Kommunikationsstrategie führen, die wir ablehnen. Wir gehen mit dem Stadtrat.*



Sophie Blaser (AL): Die Initiative fordert eine Rückkehr zum alten Sprachreglement der Stadt Zürich vom 1. Oktober 1996. Die konsequente Umsetzung dieses Reglements wäre schon ein Fortschritt. In der Badeanstalt Heuried sind die Becken mit «Nur für Schwimmer» angeschrieben, obwohl dies nicht zulässig wäre. Die Broschüre «Gesunder Kindergarten und Schule» aus dem Jahr 2018 enthält den Disclaimer «Wir verwenden in dieser Broschüre in der Regel die männliche und weibliche Sprachform abwechselungsweise. Beide Geschlechter sind immer miteingeschlossen.», was nicht zulässig ist. Als kantonale Mitarbeiterin einer städtischen Schule werde ich manchmal als «Mitarbeiter» und «Lehrer» angeschrieben – auch von der Stadtverwaltung. In diversen städtischen Computerprogrammen konnten bis vor kurzem nur «Schüler» erfasst werden. Die Angst, dass die neue Regelung plötzlich überall angewendet und Jagd auf diejenigen gemacht wird, die dies nicht tun, kann ich deshalb nicht nachvollziehen. Die Gefahr besteht eher darin, was mit dem alten Reglement passiert ist: Ausführlich wurde mir erklärt, weshalb es in diesem Fall nicht möglich sei, sich daran zu halten, oder dass es sich bestimmt um die einzige Ausnahme handeln würde. Lustig wie auch tragisch an der Initiative ist, dass sie es trotz Vermeidung des Gendersterns nicht schafft, ihr eigenes Ziel zu erreichen: einen verständlichen, eindeutigen Text. Die Verständlichkeit eines Textes scheitert also nicht am Genderstern. In der Kommissionsberatung wurde ausgeführt, es gehe um die Indoktrination von Kindern. Wie dies passieren soll, wenn die Stadt keine Kompetenz hat, das Sprachreglement in den Schulen zu erlassen, wurde nicht ausgeführt. Die Initiantin argumentierte, es gebe Hochschulen in Zürich und sogar die Hochschule St. Gallen (HSG) gendere nun. Auch wenn sie damit recht haben mag, liegen diese nicht im Kompetenzbereich der Stadt. Auch auf den Studienort von Stefan Urech (SVP) haben wir keinen Einfluss. Es geht ausschliesslich darum, wie die Stadt selbst kommuniziert. Die FDP will mit ihrem Gegenvorschlag bewirken, dass die Stadt keinerlei Vorgaben macht. Dies würde einzig zu einem Durcheinander führen. Viele Vereine, Stiftungen, Firmen, Behörden und Einrichtungen verfügen über Sprachreglemente. In der Stadt ist sogar die Schriftgrösse der Mailsignatur vorgegeben. Gleichzeitig soll es egal sein, wie die Stadt kommuniziert und die Steuerzahler*innen anschreibt. Das neue Sprachreglement fordert nur eins: Personen adäquat zu bezeichnen. Die Grundlage dafür bildet die Wissenschaft. Es geht darum, dass nicht von der eigenen Geschlechtsidentität und Rollenvorstellung auf andere geschlossen wird. Für viele in diesem Rat und der Stadt ist dies Alltag. Ganz selbstverständlich wird respektvoll miteinander umgegangen und gegendert. Wir leben das respektvolle Zürich bereits, das für Sie so weit entfernt zu sein scheint. So hat Zürich die Chance, sich dazu zu bekennen, eine offene und respektvolle Stadt zu sein. Wir stimmen mit dem Stadtrat und lehnen die Initiative ab.

Stefan Urech (SVP): STP Corine Mauch entlarvte sich in ihrer Rede selbst: Sie listete die verschiedenen Ausnahmen für die Regelung auf und begründete dies mit der Verständlichkeit für gewisse Zielgruppen. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass diese Schrift und Aussprache nicht verständlich sind. Sie sagte weiter, für rechtsverbindliche Texte seien Ausnahmen vorgesehen. Dies zeigt, dass die Schreibweise nicht funktioniert, wenn es darauf ankommt. Auch dass es nicht für die gesprochene Sprache gilt,



zeigt, dass ausserhalb ihrer «Bubble» niemand so spricht. Erstaunt war ich über die Voten der FDP und GLP: Die Forderung, keine willkürlichen Sonderzeichen mitten in Worten einzufügen, wurde als «Sprachpolizei» oder «Sprachverbot» bezeichnet. Es handelt sich schlichtweg um deutsche Grammatik. Zu den direkten und indirekten Vorwürfen, ich oder die SVP hätten etwas gegen Frauen, trans oder non-binäre Menschen: Dem ist nicht so. Mir ist es vollkommen egal, welches Geschlecht Sie haben, mit wem Sie schlafen und als welches Geschlecht Sie sich heute fühlen. Wir haben etwas gegen die elitäre Bildungselite, die dem Normalverbraucher vorschreiben will, wie er zu reden hat.

Yasmine Bourgeois (FDP): Zum Votum von Sophie Blaser (AL) möchte ich sagen: Das generische Maskulinum ist nach wie vor gültig. Mit «Schwimmer» sind alle angesprochen, die Badeanstalt hat nichts falsch gemacht. Ich lese euch nun einen Text vor, der typografische Zeichen beinhaltet: «Das Buch des/der Schüler*s*in gebe ich an die Gruppe von Schüler*n*innen.» Sie sehen, mit dem Genitiv und Akkusativ gibt es Probleme. Ein anderes Beispiel: «Kann der/die Bewohner*in von der/vom Hausmeister*in Auskünfte über den Beziehungsstatus ihres/ihrer Nachbar*n*in verlangen?» Im Gegensatz zum abgeschafften Fräulein zeigen diese zwei Beispiele, dass Gendersprache mit Genderstern grammatikalisch nicht aufgeht und – konsequent angewendet – komplett unverständlich wird. Gendersprache, insbesondere der Genderstern, ist ein ideologisches Experiment. Man kann ihn fast beliebig setzen und dann schauen, was noch verstanden wird. Angeblich soll der Genderstern für mehr Gerechtigkeit und Inklusion sorgen. In Tat und Wahrheit schafft er künstliche Barrieren in der Kommunikation. Er ist ein Stolperstein fürs Auge, Hindernis für den Lesefluss und Symbol für eine hypermoralische Sprachpolizei. Diese will uns vorschreiben, wie wir sprechen und denken sollen. Wo wird dies enden? Müssen wir in jedem Satz überlegen, wie wir uns ausdrücken, um niemanden zu verletzen? Der Genderstern suggeriert, die Sprache sei bisher diskriminierend gewesen. Faktisch diskriminiert jedoch die Gendersprache all diejenigen mit Lernschwierigkeiten oder fremdsprachigem Hintergrund. Für Menschen mit Leseschwierigkeiten oder Blinde stellt der Genderstern ein grosses Problem dar: Weil keine einheitlichen Regeln bestehen, müssen die typografischen Zeichen vom Programm vorgelesen werden. Dies klingt dann beispielsweise so: «Kann der Schrägstrich die Bewohner Stern in von der Schrägstrich vom Hausmeister Stern in Auskünfte über den Beziehungsstatus ihres Schrägstrich ihrer Nachbar Stern n Stern in verlangen?» Barrierefrei ist dies nicht. Eigentlich müsste gerade die linke Ratsseite dagegen sein, von der wir immer wieder die Forderung nach vereinfachter Sprache hören. Die Stadt lebt, entwickelt sich und braucht kein Sternchen, das ihr den Weg zeigt. Die Sprachbevormundung trägt wenig zur Lösung des tatsächlichen Problems bei. Die FDP will keine unüberlegte Sprachakrobatik und sinkende PISA-Zahlen. Wir wollen eine klare, leicht lesbare und verständliche Sprache. Unser Gegenvorschlag entspricht einem liberalen Kompromiss ohne Sprachdiktat. Wird dieser keine Mehrheit finden, lehnen wir die Weisung des Stadtrats ab.

Urs Riklin (Grüne): Im Zusammenhang mit der Volksinitiative gibt es einige interessante Punkte: Würde man die Berge an Protokollen, die der Gemeinderat generiert, durchforsten, erschiene der Begriff «Cancel Culture» wohl häufig, wird er doch von der



SVP und auch der Initiantin gerne genutzt. Nun legen sie eine Initiative vor, die der Behörde die Verwendung eines Zeichens der inklusiven Sprache verbieten möchte. Auch sonst finden wir die Initiative problematisch. Gegen Absatz 1 ist im Grunde nichts einzuwenden. Wir Grüne haben schon verschiedene Vorstösse in diese Richtung eingereicht. Sprache soll für alle zugänglich und gut verständlich sein. Problematisch ist Absatz 2, der der Stadt Zürich die Verwendung von Sonderzeichen in Worten verbieten möchte. So könnte die Stadtpräsidentin nicht mehr zum «Apéro riche» einladen und den Namen des FDP-Parteipräsidenten «Pärparim Avdili» dürfte die Behörde nicht mehr korrekt schreiben. Dass der Stadt ein solches Sprachdiktat auferlegt werden soll, finden wir mindestens seltsam – insbesondere, wenn anderen der Betrieb einer «Cancel Culture» vorgeworfen wird. Wir Grüne wünschen uns eine Sprache, die alle inkludiert, und seien es bloss 0,4 Prozent. Sprache bildet Realität. In den 1990er-Jahren startete die Diskussion der geschlechtlichen Gleichstellung auch in der Schweiz, beispielsweise bei der Einführung von Doppelnamen oder das Wort «Fussgänger(innen)streifen». Die Gesellschaft entwickelt sich weiter und die Sprache mit ihr. Wir finden dies richtig und möchten die Stadt darin bestärken, ihre Schriften entsprechend zu verfassen. Wir empfehlen der Stimmbevölkerung, die Initiative abzulehnen und folgen dem Antrag des Stadtrats.

Dr. Tamara Bosshardt (SP): *Vordergründig will sich die Initiative für mehr Verständlichkeit in der Sprache einsetzen. Sie haben recht: Eine verständliche, inklusive und barrierefreie Kommunikation ist elementar, um die politische und gesellschaftliche Partizipation aller Menschen zu ermöglichen. Informationen müssen auch für Menschen mit einer geistigen Beeinträchtigung, Sinnesbehinderung, Lese- und Lernschwierigkeit, nicht-deutscher Erstsprache, wenig Bildung und für Senior*innen zugänglich sein. Allerdings fördert das vorgeschlagene Verbot des Gendersterns nicht Klarheit, Verständlichkeit und Lesbarkeit von Behördentexten. Ganz im Gegenteil, führt ein Verzicht auf inklusive Sprache zu Unsicherheiten darüber, wer in einem bestimmten Text mitgemeint sein soll. Auch der Gegenvorschlag verhindert eine einheitliche, geschlechtergerechte Kommunikation der Behörde. Inklusion und Verständlichkeit widersprechen sich nicht. Eine aktuelle Studie zeigt, dass der Genderstern das beste Mittel ist, um eine inklusive und genderfaire Sprache zu vereinen. Die Stadt Zürich bemüht sich um eine inklusive Kommunikation und ermöglicht mit dem Reglement für sprachliche Gleichstellung eine sinnvolle und einheitliche Adressierung aller Geschlechter. Dies ist ein wichtiger Schritt, der nicht rückgängig gemacht werden soll. Es geht nicht um Zwang: Aus dem Reglement geht hervor, dass neutrale Formen an Stelle des Gendersterns Anwendung finden dürfen und genug Spielraum für Ausnahmen besteht. Ich habe den starken Eindruck, dass das Initiativkomitee die eigene Forderung, Sprache nicht als politisches Instrument einzusetzen, selbst nicht ernst nimmt. Ich habe Zweifel daran, dass es ihnen um Klarheit und Verständlichkeit geht. Dies ist uns ein Anliegen. Behördliche Texte sind nicht für alle verständlich. Informationen zu städtischen Abstimmungen und politischen Themen barrierefrei und verständlich zu gestalten, ist eine wichtige Voraussetzung für demokratische Teilhabe. Stefan Urech (SVP) hat recht, dass Sprache allein nicht ausreicht, um Diskriminierung und Barrieren abzubauen. Wir haben deshalb im Postulat GR Nr. 2024/357 konstruktive Vorschläge gemacht, wie weitere sinnvolle Massnahmen zur Verbesserung*



der Klarheit, Verständlichkeit und Lesbarkeit von Behördentexten umgesetzt werden können. Beispielsweise könnten Texte und Abstimmungsunterlagen mit einer Zusammenfassung in leicht verständlicher Sprache ergänzt oder Erklärvideos zu komplexen städtischen Abstimmungen produziert werden. Diese haben sich auf kantonaler und nationaler Ebene bewährt, um komplexe Themen zugänglicher zu vermitteln. Die gemeinsame Behandlung unseres Postulats und dieser Initiative wurde leider abgelehnt. Vermutlich, weil es bei der Initiative nie um Klarheit und Verständlichkeit ging, sondern um die Ausgrenzung von Personen, die in unserer Gesellschaft schon ständig an Barrieren stossen. Wer gegen Ausgrenzung ist, stimmt Nein und unterstützt unser Postulat.

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne): *Es geht darum, dass die Stadt alle Einwohner*innen anspricht: Frauen, nicht-binäre Menschen und Männer. Dies sollte eine absolute Selbstverständlichkeit sein. Eine Sprache, die alle einschliesst, schadet niemandem. Sie führt dazu, dass sich alle willkommen fühlen und alle Lebensrealitäten anerkannt werden. Dies passt zu Zürich als offene und inklusive Stadt. Inklusive Sprache ist wichtig. Sie trägt dazu bei, dass alle Menschen gleiche Chancen haben, was zu einer lebenswerten Stadt führt. Inklusive und geschlechtergerechte Sprache widersprechen sich nicht und sorgen dafür, dass alle Menschen sichtbar sind. Dies entspricht den Werten unserer Stadt. Das sprachliche Reglement der Stadt Zürich ist zudem extrem pragmatisch. Es gilt ausschliesslich für behördliche Texte der Stadtverwaltung. Es geht nicht darum, Einzelpersonen, Organisationen oder Firmen eine Sprache vorzuschreiben. Es ist absurd, dass die SVP mit einem Verbot diese pragmatische Regelung unterbinden will. Es handelt sich um reine Symbolpolitik auf dem Rücken marginalisierter Menschen. Eine inklusive Sprache ist bereits weit verbreitet und wird in verschiedensten Kontexten von unterschiedlichen Akteur*innen angewendet. Sie haben erkannt, dass eine inklusive Sprache zu einer starken Beteiligung aller Gesellschaftsmitglieder führt, was positive Auswirkungen auf unser Zusammenleben hat: So werden schädliche Stereotype abgeschafft und Menschen, die endlich auch angesprochen werden, erhalten neue Möglichkeiten, sich konstruktiv und motiviert einzubringen. Gleichstellung bedeutet auch, alle Menschen anzusprechen, sichtbar zu machen und zu akzeptieren. Dass Frauen und nicht-binäre Menschen direkt und explizit angesprochen werden, ist eine grosse Errungenschaft. Wie wir wissen, stellt sich die SVP gegen jeglichen Fortschritt im Bereich der Gleichstellung. Die Initiative zeigt dies einmal mehr. Nicht-binäre Menschen sind Teil der queeren Community und immer wieder von Hass und Gewalt betroffen. Ihre Existenz wird ihnen häufig abgesprochen. LGBTIQ*-Personen kämpfen seit Jahrzehnten für gleiche Rechte. Wir sind solidarisch: Es ist selbstverständlich, dass sich die ganze Community für nicht-binäre Menschen einsetzt. Fehlende Akzeptanz und Gewalt gegen LGBTIQ*-Personen verunmöglichen ein menschenwürdiges Leben und führen zu psychischen Belastungen und Erkrankungen. Es ist ein gesellschaftliches Problem und braucht uns alle, um es zu lösen. Sprache ist ein Teil der Lösung. Extrem schade und enttäuschend finde ich deshalb, dass FDP und Die Mitte heute nicht zur queeren Community stehen können. Die Initiative ist ein Beispiel dafür, dass im Bereich der Gleichstellung häufig gegen Rückschritte gekämpft werden muss. Unsere Energie sollten wir in Fortschritte und gegen Gewalt und Diskriminierung investieren können. Es gibt noch sehr viel zu tun. Solche*



Initiativen sind spalterisch und billiger Stimmenfang auf dem Rücken marginalisierter Menschen. Die Anerkennung aller Menschen sollte in einer Demokratie selbstverständlich sein. Dass sie dies hier im Rat nicht ist, finde ich extrem traurig. Wir Grüne stellen uns gegen Ausgrenzung und stehen für eine Stadt ein, die offen und inklusiv ist.

Michael Schmid (FDP): *Ich antworte auf das Votum von STP Corine Mauch. Ihre Propaganda zum Thema wird nicht wahrer, je öfter sie sie wiederholt. In Wirklichkeit war es ein Votum für unseren Gegenvorschlag. Wenn sie sagt, Sprache entwickle sich und mit dem Reglement dürfe der Genderstern eingeführt werden, entspricht dies genau dem Ergebnis unseres Gegenvorschlags. Sie spricht von einer pragmatischen Umsetzung und beruft sich in diesem Zusammenhang auf die Städte Bern und Luzern. Deren Leitfaden zitiert sie jedoch nicht korrekt. Im Sprachleitfaden «10 Tipps für die Stadtverwaltung» der Stadt Bern ist unter «Tipp N°4 Genderzeichen» zu lesen: «Bis auf Weiteres wird für die Stadtverwaltung die Schreibweise mit dem Genderstern empfohlen, weil dieser zurzeit am weitesten verbreitet ist.» und weiter «Setzen Sie den Genderstern bewusst, aber sparsam ein». Weiter nennen Sie Experten, die alle sagten, diese Handhabung sei super inklusiv und barrierefrei. Interessanterweise steht im Leitfaden auf Seite 11, was wir überall hören und lesen: «Der Genderdoppelpunkt wird von Screenreadern in der Standardeinstellung phonetisch korrekt gelesen, der Genderstern hingegen (noch) nicht.» Dann kommen wir zum «Leitfaden für eine inklusive Sprache» der Stadt Luzern. Im Kapitel «Auf einen Blick» auf Seite 3 liest man unter «Inklusiv formulieren»: «In der Kommunikation der Stadt Luzern kommen folgende inklusive Schreibweisen zum Einsatz:» Es folgt eine Aufzählung vom ersten Spiegelstrich «Genderstern (Einwohner*innen)» bis zum letzten «Paarformen (Einwohnerinnen und Einwohner)». Hier sehen Sie den fundamentalen Unterschied: Es handelt sich um eine pragmatische Umsetzung der Städte Bern und Luzern. Ein Stadtrat, der seinen 30 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verbieten will, «Zürcherinnen und Zürcher» oder «Schülerinnen und Schüler» zu schreiben, läuft in eine ideologische Sackgasse. Aus dieser wollen wir raus: Stimmen Sie unserem Gegenvorschlag zu, sonst braucht es ein Ja zur Volksinitiative.*

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *STP Corine Mauch sowie die Grünen legten in ihren Voten Wert darauf, dass das Reglement nur verwaltungsintern gelte. Ein solches Reglement hat jedoch normative Kraft über den Bereich hinaus. Wozu dies führt, schildere ich Ihnen am praktischen Beispiel des Theaterspektakels. Ich habe dort ein Stück einer argentinischen Gruppe gesehen, in dem es um die Misshandlung von Frauen ging, die aufgrund von Drogendelikten inhaftiert wurden. Das Stück wurde auf Spanisch vorgetragen, mit deutschen und englischen Untertiteln. Die Untertitel auf Deutsch waren mit dem Genderstern versehen. Dies führte dazu, dass der Lesefluss aufgrund der schnellen Geschwindigkeit bis hin zur Unleserlichkeit unterbrochen wurde. Weder Englisch noch Spanisch, Französisch oder andere Sprachen haben solche Probleme mit dem Stern. Das Theaterspektakel hat den Anspruch, barrierefrei zu sein. Alle Zuschauer, die weder Spanisch noch Englisch verstehen, wurden vom Verständnis des Stücks ausgeschlossen.*



Tiba Ponnuthurai (SP): Die SP setzt sich für Gleichstellung, Respekt und Selbstbestimmung aller Menschen ein und lehnt die extreme Genderstern-Initiative der SVP konsequenterweise ab. Die Initiative will ein Verbot des Gendersterns und anderer Zeichen in unsere Gemeindeordnung schreiben und damit die Stadtverwaltung und ihre Mitarbeiter*innen darin einschränken, wie sie geschlechtergerecht kommunizieren können. Die Initiative verbietet Zeichen wie einen Genderunterstrich, einen Genderdoppelpunkt oder einen Genderstern, die heute vielerorts in unterschiedlichen Kommunikationskonzepten verankert sind und rege genutzt werden: Von der Swisscom, von anderen Städten wie Winterthur, Bern oder Luzern, von Migros, Galaxus, Digitec und zahlreichen mehr. All diese Unternehmen und Verwaltungen haben – wie die Stadt Zürich – erkannt, dass sie mit einer inklusiven Sprache ihre vielfältigen und diversen Kund*innen und Bewohner*innen adäquater ansprechen können und verwenden dafür auch Genderzeichen. Wieso sollen wir der Stadt Zürich diese Art der Kommunikation verbieten und unsere Stadtverwaltung gleichstellungspolitisch einschränken, wenn diese Praxis in der Privatwirtschaft und andernorts in der Schweiz genutzt wird? Lassen Sie sich nicht täuschen: Die SVP-Initiative will viel mehr als nur Sprachverbote. Sie will Frauen und nicht-binäre Personen sprachlich ausgrenzen und unsichtbar machen. Auf keiner politischen Ebene setzt sich die SVP für gleichstellungspolitische Fortschritte ein; weder für Frauen, trans* Personen oder nicht-binäre Menschen. Die Initiative reiht sich in diese Tradition ein und muss als weiterer Angriff auf die Gleichstellung verstanden werden. Dass sie sich mit dieser Initiative für Migrant*innen einsetzen will, die Deutsch als Fremdsprache lernen, ist ein Hohn; nutzen doch Exponent*innen ihrer Partei jede Gelegenheit, um Migrant*innen zum Sündenbock für alle möglichen Probleme zu erklären. Die SP lehnt die Initiative klar ab. Der Genderstern ist nicht bloss ein Mittel, um Minderheiten abzubilden, sondern auch um Frauen, die in unserer Gesellschaft eine Mehrheit darstellen, adäquat anzusprechen. Die republikanische Philosophin Hannah Arendt beschäftigte sich intensiv mit totalitären Regimen, die Sprachdiktate vorschrieben. Sie hat eine simple Regel für eine demokratische Gesellschaftsordnung: wie eine Gesellschaft mit ihren Minderheiten umgeht. Mit dem Postulat GR Nr. 2023/244 zeigt die SVP, wie viel Respekt sie vor Minderheiten hat.

Dr. David Garcia Nuñez (AL): Sprechen wir über Belange, die nicht die Cis-Hetero-Mehrheit betreffen, verlieren manche im Rat nicht nur die bürgerliche Tugend der Contenance, sondern auch jegliche zivilisatorischen Masken. Das Endprodukt ist immer dasselbe: Eine emotionalisierte, symbolisch aufgeladene, inhaltlich leere und letztlich repetitive Debatte. Die Genderdiskussionen in unserer Gesellschaft bringen diese keinen Schritt weiter. Für die SVP und rechtsradikalisierte Satelliten ergibt das Ganze durchaus Sinn. Die Initiative zielt darauf ab, dass wir uns nicht über das Ermöglichten sozialer Rechte für Minderheiten, sondern über projektive Ängste privilegierter Personen unterhalten müssen. In den Worten der Nobelpreisträgerin für Literatur Toni Morrison: «Die sehr ernste Funktion des Rassismus ist die Ablenkung. Er hält euch davon ab, eure Arbeit zu tun. Er zwingt euch dazu, immer und immer wieder euren Daseinszweck zu erklären. Jemand sagt, ihr hättet keine Sprache und ihr verbringt 20 Jahre damit, das Gegenteil zu beweisen. Jemand sagt, euer Körper sei nicht richtig geformt und so müsst ihr Wissenschaftler*innen daran arbeiten lassen, um zu zeigen, dass er es doch ist. Nichts



davon ist notwendig, denn es wird immer noch etwas anderes geben, wofür ihr euch rechtfertigen müsst.» Doch wovon lenkt die Initiative ab? Erstens möchte sie, dass wir nicht über die Unfähigkeit der SVP, intelligente Lösungen für gesellschaftliche Veränderungen vorzuschlagen, sprechen. Nicht-binäre Personen existieren und müssen und sollen vom Staat benannt werden können. Ausser sie symbolisch auszuschliessen, brachte die Partei keinen produktiven Vorschlag ein, wie mit dem urdemokratischen Recht dieser Bevölkerungsgruppe, staatlich repräsentiert zu sein, umgegangen werden soll. Zweitens lenkt die Fetischisierung des Gendersterns von den Mitteln und langfristigen Zielen der SVP im Umgang mit Menschen, die den gängigen Geschlechterstereotypen nicht entsprechen, ab. Diese sind an manchen Orten in den Vereinigten Staaten bereits Realität: Auf Sprachverbote folgten Bücherzensuren, die Regelung von Toilettenzugängen und die komplette Zerstörung der Gesundheitsversorgung von trans* Personen. Die Diskussion heute Abend ist ein lebhaftes Beispiel dafür, dass wir nicht bloss das Sprachreglement diskutieren. Permanent waren andere Themen und Werte mitgemeint. Umso peinlicher ist es, dass sogenannte liberale Parteien dieser Dynamik nichts entgegenzusetzen haben. Die antifaschistische Mauer mag viele Farben haben – blau ist sie in der Schweiz auf keinen Fall. Die wiederholte Anti-Genderismus-Ablenkung ist mühsam und unproduktiv. Vom Frauenstimmrecht über das Scheidungsrecht und die Ehe für alle bis hin zur geschlechtlichen Selbstbestimmung hat die SVP jeden sozialen Fortschritt geschlechtlicher und sexueller Rechte bekämpft. Jeden dieser Kämpfe hat die Partei verloren. Gleichzeitig hat sie sich nach geschlagener Schlacht dieser Rechte jeweils selbst bedient, was mich für sie freut. Auch diesen Kulturkampf werden sie verlieren. Hinweise liefert die SVP selbst: Manche ländlichen SVP-Sektionen verwenden den Stern bereits, den Sie verbieten wollen. Ich freue mich auf Ihr nächstes, besterntes Parteiprogramm.

Samuel Balsiger (SVP): Sie sprechen von inklusiver Sprache, zeichnen jedoch Personen mit dem Genderstern speziell aus. Das ist nicht inklusiv, sondern ausschliessend. Wissenschaftlich nachgewiesen empfinden sich 0,4 Prozent der Schweizer Bevölkerung als non-binär. Sie sagen, Sie wollen alle ansprechen. Doch wie sprechen Sie andere Minderheiten an? Die SVP verfügt in der Stadt über einen Wähleranteil von rund 13 Prozent. Damit sind wir eine Minderheit. Wie wollen Sie die SVP in der Sprache der Stadtverwaltung abbilden? Was ist inklusiv daran, die Bevölkerung in kleinteilige Minderheiten aufzuteilen? In erster Linie wichtig ist, dass wir Sicherheit haben. Heute erleben homosexuelle oder transsexuelle Personen auf offener Strasse häufig Gewalt. Diese Themen sind den betroffenen Personen wichtig, nicht ein Genderstern in einem Dokument der Stadtverwaltung. Seit der linke Kulturkampf geführt wird, stieg die Ablehnung von trans Personen in der Jugendkultur stark an. Sie erweisen Ihnen einen Bärendienst.

Benedikt Gerth (Die Mitte): Dass die Initiative menschenverachtend sei, ist weit hergeholt. Wir haben unsere Haltung zur Initiative in der Fraktion intensiv diskutiert. Da wir in der Kommission aktuell nicht vertreten sind, wurden wir in der Stellungnahme nicht genannt. Von uns weisen möchte ich, dass unsere Partei gegen Anliegen non-binärer Personen oder von Frauen sei. Für uns ist die Frage zentral, ob ein Verbot nötig ist oder ob



die Stadtverwaltung dazu gebracht werden kann, den Genderstern nur noch in Ausnahmefällen zu nutzen. Wir haben entschieden, das Verbot des Genderstern zu unterstützen. Es geht nicht um die Minderheit, sondern um die Lesbarkeit und Vermittelbarkeit von Botschaften der Stadtverwaltung. Nicht von der Hand zu weisen ist, dass die Mehrheit der Bevölkerung sich vom Genderstern nicht angesprochen fühlt. Eine Mehrheit wird zu Gunsten einer Minderheit diskriminiert. Das heisst nicht, dass es nicht noch andere Möglichkeiten gibt, mit den Personen, die sich nicht angesprochen fühlen, zu diskutieren. Momentan sehe ich jedoch keine Möglichkeit, wie alle Leute inkludiert werden könnten. Auch ich fühle mich vom Genderstern überhaupt nicht angesprochen. Entscheidend ist nicht, was der Überbringer der Botschaft sagen möchte, sondern was beim Empfänger ankommt. Die Fraktion Die Mitte/EVP unterstützt deshalb die Initiative.

Pärparim Avdili (FDP): Das Votum von Dr. David Garcia Nuñez (AL) war mehr als grenzwertig. Wir weisen den Versuch, uns in eine faschistische Ecke zu stellen, deutlich von uns. Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) sagte, es sei eine demokratische Pflicht, Menschen sprachlich individuell anzusprechen. Ich gehe mit ihr einig, dass es eine demokratische Pflicht ist, den Menschen in seiner Individualität zu berücksichtigen. Die Aufgabe der Sprache ist es aber, verständliche und einfache Botschaften von A nach B zu vermitteln. Die Sprache kann in ihrer heutigen Form diesem individuellen Anspruch nicht gerecht werden. Sonst müssten wir hier anfangen, jedes Mitglied des Rats individuell anzusprechen. Dafür fehlt uns die Zeit und es ist nicht Aufgabe der Sprache. Die Aufgabe der Politik ist es, auf das Individuum maximal eingehen zu können – diesbezüglich gibt es viel Nachholbedarf. Menschen werden von linken wie auch konservativen Kräften gerne kategorisiert, sei es nun Mann und Frau oder noch zusätzliche Geschlechter. Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) sagte, alle Individuen müssten individuell angesprochen werden, weil diese es so wollten. Es zeugt von einer gewissen Überheblichkeit, zu meinen, alle Menschen in Zürich würden sich durch die von euch vorgeschriebene Sprache angesprochen fühlen. Woher wollt ihr das wissen? Heute Abend hörten wir, dass es Menschen gibt, die sich davon nicht angesprochen fühlen. Diesem Anspruch werden wir nie gerecht werden können. Wird die Sprache angewandt, wie ihr es euch wünscht, schafft man keine Inklusion, sondern grenzt Menschen aus – ob mit oder ohne Migrationshintergrund. Ein intellektueller, elitärer, rot-grüner Exklusivclub wird geschaffen. Die aktuelle Regelung entspricht einem Sprachdiktat. Die FDP brachte zwei Vorschläge ein, weil wir mit der Form der Initiative nicht zufrieden waren. STP Corine Mauch hätte die Gelegenheit gehabt, das Reglement anzupassen, als klar wurde, dass die Mehrheit der Bevölkerung nicht dahintersteht. Unsere Gegenvorschläge wurden nicht berücksichtigt. Heute besteht die letzte Möglichkeit, dies zu tun. In den Abwägungen, ob wir ein kommunales Verbot oder ein Sprachdiktat bevorzugen, kam die FDP zum Schluss, der Initiative zuzustimmen, falls unser Vorschlag abgelehnt wird.



15 / 17

Änderungsantrag 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Zuhanden der Stimmberechtigten:

Die~~Der~~ Volksinitiative «Tschüss Genderstern!» wird abgelehnt~~zugestimmt~~.

Mehrheit: Referat: Dr. Tamara Bosshardt (SP); Maya Kägi Götz (SP), Präsidium; Urs Riklin (Grüne), Vizepräsidium; Sophie Blaser (AL), Heidi Egger (SP) i. V. von Christina Horisberger (SP), Yves Henz (Grüne) i. V. von Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Sofia Karakostas (SP) i. V. von Liv Mahrer (SP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Sven Sobernheim (GLP) i. V. von Christine Huber (GLP)

Minderheit: Referat: Stefan Urech (SVP)

Enthaltung: Patrik Brunner (FDP) i. V. von Isabel Garcia (FDP), Sabine Koch (FDP)

Abwesend: Yasmine Bourgeois (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 68 gegen 21 Stimmen (bei 23 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag 2, neue Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende neue Dispositivziffer 2 (Der Antrag des Stadtrats wird zu Dispositivziffer 1):

2. Als Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Tschüss Genderstern!» wird beschlossen:

Die Gemeindeordnung (GO, AS 101.100) wird wie folgt geändert:

Art. 65a [neu] [Marginalie:] Verwendung typografischer Zeichen

¹ Ausser für die nachfolgenden Texte erlassen die städtischen Behörden keine Vorschriften über die Verwendung von typografischen Zeichen im Zusammenhang mit geschlechtsneutralen, geschlechtsbezogenen oder geschlechtsabstrahierenden Bezeichnungen.

² Typografische Zeichen gemäss Abs. 1 werden nicht verwendet für:

a. Texte, die in der Amtlichen Sammlung publiziert werden;

b. Verfügungen;



16 / 17

c. Eingaben an Gerichte und Rechtsmittelinstanzen:

d. Anträge an den Stadtrat, den Gemeinderat und die Stimmberechtigten.

Mehrheit: Referat: Dr. Tamara Bosshardt (SP); Maya Kägi Götz (SP), Präsidium; Urs Riklin (Grüne), Vizepräsidium; Sophie Blaser (AL), Heidi Egger (SP) i. V. von Christina Horisberger (SP), Yves Henz (Grüne) i. V. von Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Sofia Karakostas (SP) i. V. von Liv Mahrer (SP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Sven Sobernheim (GLP) i. V. von Christine Huber (GLP), Stefan Urech (SVP)
Minderheit: Patrik Brunner (FDP) i. V. von Isabel Garcia (FDP), Sabine Koch (FDP)
Abwesend: Referat Minderheit: Yasmine Bourgeois (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 32 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Referat: Dr. Tamara Bosshardt (SP); Maya Kägi Götz (SP), Präsidium; Urs Riklin (Grüne), Vizepräsidium; Sophie Blaser (AL), Heidi Egger (SP) i. V. von Christina Horisberger (SP), Yves Henz (Grüne) i. V. von Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Sofia Karakostas (SP) i. V. von Liv Mahrer (SP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Sven Sobernheim (GLP) i. V. von Christine Huber (GLP)
Minderheit: Patrik Brunner (FDP) i. V. von Isabel Garcia (FDP), Sabine Koch (FDP), Stefan Urech (SVP)
Abwesend: Referat Minderheit: Yasmine Bourgeois (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 68 gegen 44 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Zuhanden der Stimmberechtigten:

Die Volksinitiative «Tschüss Genderstern!» wird abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 28. August 2024 gemäss § 131 Abs. 3 in Verbindung mit § 155 des Gesetzes über die politischen Rechte



17 / 17

3541. 2023/244

**Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Johann Widmer (SVP) vom 24.05.2023:
Streichung der Verwendung des Gendersterns aus dem Reglement über die
sprachliche Gleichstellung (AS 151.120)**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Wortmeldungen siehe GR Nrn. 2024/51, Beschluss-Nr. 3540/2024

Samuel Balsiger (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1824/2023).

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Das Postulat wird mit 43 gegen 69 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

3542. 2023/270

**Interpellation von Samuel Balsiger (SVP) und Johann Widmer (SVP) vom
31.05.2023:**

**Frauenförderung und Sprachgebrauch, Bevorzugung von Frauen bei der Anstel-
lung und Gründe für die Förderung einer gendergerechten Sprache vor dem
Hintergrund der publizierten Umfrageergebnisse im Tages-Anzeiger sowie
Haltung zur Diskriminierung der Frauen durch die Verwendung der gendergerech-
ten Sprache**

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 3221 vom 8. November 2023).

Wortmeldungen siehe GR Nrn. 2024/51, Beschluss-Nr. 3540/2024

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat